



■ Entsolidarisierung trifft die, die sich kaum wehren können

Wer Grundsicherung bekommt, ist oft chronisch oder psychisch krank, alleinerziehend oder anderweitig aufstockend, um die Familie ernähren zu können. Verschärfte Sanktionen und Kürzungen treffen hier Menschen, die wenige Optionen haben. Rechte Propaganda von „Arbeitsunwilligen“ soll das Solidarprinzip als Ganzes untergraben.

■ Noch mehr Armutsrisiko für Menschen, die Angehörige pflegen

Heute zahlt der Staat Rentenbeiträge für Menschen, die mit großem Einsatz Angehörige pflegen und dafür mit hohem Armutsrisiko leben müssen. Durch die Kürzung dieser Rentenbeiträge wird das Armutsrisiko für informell Pflegende noch stärker ansteigen.

■ Neuordnung der Pflegeversicherung löst kein Problem

Die geplante Neuordnung der Pflegeversicherung bringt keine substanziellen Verbesserungen bei der Finanzierung guter Pflege in Senior:innen-Heimen. Der selbst zu tragende Beitrag, im bundesweiten Schnitt über 3300 Euro monatlich, wird noch weiter steigen und wird die Kommunen, die bei Zahlungsunfähigkeit einspringen, weiter überlasten. Gleichzeitig fällt durch die Neustrukturierung der Pflegegrade jetzt ein Teil derjenigen, die zu Hause Unterstützung erhalten, durchs Raster.

■ Ohne Sprache keine qualifizierte Arbeit

Durch eine Gesetzesänderung wurde der Kreis derjenigen, die in Deutschland einen Anspruch auf einen Sprach- und Integrationskurs haben, stark eingeschränkt. Gleichzeitig blieben laut Bundesagentur für Arbeit schon letztes Jahr 54 000 Ausbildungsplätze unbesetzt, besonders in der Pflege, dem Handwerk und der Gastronomie. Dabei ist es ganz einfach: auch wer arbeiten darf, kann ohne Sprachkenntnisse kaum Arbeit finden.

■ Inklusion ist Menschenrecht

Aber die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen wird in Frage gestellt. Die Bundesregierung erwägt im Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention massive Einschnitte bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Individuelle Schulbegleiter:innen und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in einer eigenen Wohnung sollen wegfallen.

Bündnis Solidarität statt Sozialabbau

Kreis und Stadt Offenbach

Wir sind #unkürzbar!

Nehmt an den Protesten von
#unkürzbar

am 12.09 in Frankfurt teil!

u.a. 12 Uhr Demonstration ab Südbahnhof

Mehr Infos auf Instagram
@unkuerzbar.rheinmain



Nehmt an den Protesten
des DGB in Frankfurt teil!



26. September ab 11 Uhr

Frankfurt a. M.

Willy-Brandt-Platz
Demo zum Opernplatz





■ Ist das noch der Sozialstaat, den wir wollen?

Der Großangriff auf den Sozialstaat bedeutet Kürzungen für viele Menschen. Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, Eltern, Geflüchtete, die hier endlich arbeiten wollen, Kinder und Jugendliche, Studierende, Rentner:innen, Menschen mit Behinderungen, deren selbstständiges Leben gefährdet ist, Arbeitnehmer:innen und Empfänger:innen von Grundsicherung.

Uns wird vorgegaukelt, dass der Sozial-Kahlschlag nötig wäre, weil die Kassen leer seien, weil die

Wirtschaft nicht floriert. Aber die Konzerne schwimmen im Geld, mit dem sie ihre Rationalisierungen zahlen und unsere Arbeitsplätze zerschlagen. Sie investieren ihre Milliarden in fossile Energie und machen auf unsere Kosten Übergewinne.

■ Ein Fünftel der Staatsausgaben fürs Militär?

Deutschland wird 2026 rund ein Fünftel (20 %) aller Staatsausgaben für Verteidigung (inklusive des Sondervermögens für die Bundeswehr) ausgeben: dreimal so viel, wie der Staat für Bildung, Forschung und Kultur ausgibt. Den Rüstungskonzernen werden Milliarden hinterhergeworfen, um Kriege zu finanzieren, die unsere Lebenshaltungskosten, die Lebensmittelpreise und die Heizkosten in die Höhe treiben.

Das ist doch Wahnsinn:

Wir sollen sparen, damit mit unserem Geld noch mehr Profite gemacht werden können und wir noch

höhere Preise zahlen müssen, damit noch mehr von uns ihren Arbeitsplatz verlieren und noch mehr von uns in Armut verfallen.

Geld ist da! Deutschland verzichtet seit Jahrzehnten auf eine Vermögens- und Erbschaftssteuer und duldet Steuerbetrug in Milliardenhöhe. Aber Menschen, die nur ein Einkommen aus Lohnarbeit haben, werden belastet.

■ Wir lassen uns nicht entsolidarisieren!

Niemand verlässt gern seine Heimat, niemand wird freiwillig krank oder obdachlos, niemand ist gern arm. Die rechte Propaganda über „Menschen, die nicht arbeiten wollen“ spielt der rechtsradikalen AfD und denen, die den Sozialstaat zerstören wollen, in die Hände. Wir lassen uns nicht gegeneinander aufhetzen. Wir wollen einen Sozialstaat für alle, gute gesundheitliche Versorgung und Bildung, Hilfe in Notlagen und Unterstützung beim Eintritt in den Arbeitsmarkt.

■ Es reicht! Wir leisten Widerstand und nehmen die Sozialkürzungen nicht hin!

Kürzungen im Gesundheitswesen hebeln gute Arbeitsbedingungen und Gesundheitsversorgung aus. Zu wenige Pflegekräfte müssen sich um zu viele kranke Menschen kümmern. Pflegende verlassen den Beruf, weil sie den eigenen Ansprüchen an gute Pflege nicht gerecht werden können. Das wird durch Kürzungen noch verschärft. Zugang zu Psychotherapie verschlechtert sich trotz steigender psychischer Erkrankungen.

■ Weniger Unterstützung für Eltern und Alleinerziehende

Das volle Elterngeld sollen in Zukunft nur noch die Eltern erhalten, bei denen beide Elternteile mindestens drei Monate Elternzeit nehmen. Wenn das, auch aus finanziellen Gründen, teils nicht möglich ist, verlieren Eltern Geld. Gleichzeitig sollen Alleinerziehende den Unterhaltsvorschuss bei säumigen Zahlungen des anderen Elternteils nur noch bis zum 16., statt wie bisher zum 18. Lebensjahr des Kindes erhalten. Die Streichung des Sofortzuschlags pro Kind verschärft die sowieso schon prekäre Lage von Familien.

■ Arbeitnehmer:innenrechte sind in Gefahr

Hart erkämpfte Errungenschaften wie der 8-Stunden-Tag sollen aufgeweicht, der 13-Stunden-Tag soll legalisiert werden, Teilzeit zu Ungunsten von Care-Arbeit, Gesundheit und zivilgesellschaftlichem Engagement verdrängt und die telefonische Krankmeldung abgeschafft werden.

■ Renten: weniger und unsicherer

Die Renten sinken, das Rentenalter steigt und gleichzeitig soll ein Teil der Rente eine verpflichtende Aktienrente werden, die von unberechenbaren Finanzmärkten abhängig sein wird. Doch viele Gutverdienende zahlen nicht in die allgemeine Rentenkasse ein: beispielsweise Bundestagsabgeordnete. Sie kassieren eine hohe Pension, während ihr Rentenbeitrag in der allgemeinen Rentenkasse fehlt.